

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

nach arbeitsreichen aber zugleich spannenden Wochen freue ich mich, dass wir den Bundeshaushalt 2022 zu einem Abschluss bringen konnten.

Ich möchte nicht verhehlen, dass durch die Ampel-Koalitionäre hier einige Chancen vergehen und Weichen falsch gestellt wurden, die auch die nachfolgenden Generationen belasten werden. Dies habe ich bei meiner Rede am Donnerstag deutlich zum Ausdruck gebracht.

Daneben habe ich mich kürzlich den kritischen Fragen der Schüler des Gymnasiums Lilienthal zu vielfältigen politischen Themen gestellt und Schüler der IGS Osterholz-Scharmbeck im Bundestag empfangen.

Besonders gefreut habe ich mich natürlich über die Unterstützung von Sina-Maria Janke, die als Praktikantin diese Woche einen politischen Schnupperkurs im Bundestag bei mir absolviert hat.

Mehr dazu und den anderen Themen finden Sie unten.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE



**Praktikum im Herzen der deutschen Demokratie
Sina-Maria Janke stellt sich vor**

Hallo, mein Name ist Sina-Marie Janke, ich bin 20 Jahre alt und komme aus Bendingbostel, Landkreis Verden. Ich bin seit Kurzem fertig mit meinen Abiturprüfungen und möchte vor Beginn meines Dualen Studiums „Soziale Arbeit B.A.“ am 01.08.22 die freie Zeit nutzen, um weitere spannende Einblicke in die politische Arbeit zu erhalten. Daher freue ich mich sehr, diese Woche ein 5-tägiges Praktikum bei Andreas machen zu dürfen.

In meiner Freizeit mache ich sehr viel Sport und spiele Klavier.

Andreas habe ich letzten Sommer im Wahlkampf näher kennengelernt und ihn im Herbst gefragt, ob ich ein Praktikum bei ihm in Berlin machen könne.

Ich selbst bin seit letztem Jahr Mitglied im Gemeinderat Kirchlinteln und nehme außerdem als Stipendiatin an der „Talent-schmiede“, dem Nachwuchsförderprogramm der CDU Nie-

dersachsen in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Niedersachsen, teil. Des Weiteren bin ich als stellvertretende Medienbeauftragte im Kreisvorstand der CDU Verden aktiv und engagiere mich in der JU Verden.

In dieser Sitzungswoche durfte ich jeweils bei der Sitzung des Petitions- und des Haushaltsausschusses dabei sein, Andreas Rede zum Haushalt im Plenum von der Zuschauertribüne aus live miterleben und ihn zu weiteren Terminen begleiten. Zudem habe ich Andreas bei Recherchen, Organisations- und Verwaltungsarbeit unterstützt. So konnte ich einen guten Eindruck davon gewinnen, wie sein Tagesablauf in einer Sitzungswoche aussieht.



Rede zum Haushaltsgesetz 2022

In dieser Woche wurde nun auch der Bundeshaushalt 2022 beschlossen. Zugegebenermaßen bin ich mit den Ergebnissen dieses Jahr mehr als unzufrieden.

Im Haushalt des Ministeriums liegen 11,33 Mrd. und im Energie- und Klimafonds sind mittlerweile über 170 Mrd. gebunden. Dies ist viel Geld, um damit wichtige und kluge Entscheidungen für unsere Gegenwart und Zukunft zu setzen.

Leider hat die Ampel-Regierung es verpasst, hier wesentliche eigene Akzente zu setzen oder sich zumindest die Anträge der Unionsfraktion etwas näher anzuschauen. Gut geklaut wäre in diesem Fall besser gewesen, als diese wegen „falschen Absenders“ einfach wegzubügeln.

Nicht nur ist das BMWK erstmalig seit langer Zeit nicht mehr mit einem eigenen Stand bei der IdeenExpo vertreten, um junge Menschen für MINT-Fächer zu begeistern, auch die beruf-

liche Bildung, Mittelstand und Industrieforschung haben nun das nachsehen. Von alternativen, klimaneutralen Antriebsarten etwa für die Luftfahrtindustrie gar nicht zu sprechen, bei denen jetzt 700 Millionen Euro weniger für unsere Zukunft zur Verfügung stehen.

Meine Enttäuschung über Bundesminister Habeck, der öffentlichkeitswirksam eine goldene Zukunft malt, aber im wesentlichen Haushalt grobe Schnitzer macht, ist verständlicherweise groß.

Mehr hierzu finden Sie wie gewohnt auf meiner Homepage.

THEMEN DER WOCHE

100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr: Union hat sich unter anderem erfolgreich für Versteigerung der Rüstungsausgaben eingesetzt

Die Union konnte am Wochenende einige Erfolge für die Zukunft unserer Bundeswehr durchsetzen, die sich medial und gesetzgeberisch über die ganze Woche erstreckt haben.

Das geplante Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro kommt zum einen ausschließlich der Bundeswehr zugute. Etwaige Öffnungen, die zuletzt wieder einen Abzug der dringend benötigten Mittel von der Bundeswehr möglich gemacht hätten, wurden durch die Union verhindert.

Zum anderen werden der Bundeswehr auch nach Aufbrauchen der 100 Milliarden Euro entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt, dass das 2,5%-Ziel, das wir unseren NATO-Partnern zur gemeinsamen Verteidigung zugesichert hatten, auch langfristig eingehalten wird. Neben einem beratenden Gremium des Haushaltsausschusses zur konstruktiv-kritischen Begleitung dieses Prozesses konnten wir auch einen Erfolg dabei erzielen, dass ein angemessener Tilgungsplan aufgestellt wird.

Die aktuelle Situation in der Ukraine, Grausamkeiten gegen Zivilisten auch in anderen Teilen der Welt und die internationalen Verschiebungen hin zu einer multipolaren Welt zeigen, dass wir die Bundeswehr endlich ausreichend unterstützen müssen, um Aggressoren künftig von einem Angriff gegen uns und andere, schwächere Länder abzuschrecken und unseren Verpflichtungen auch in der Gemeinschaft der Völker noch besser nachzukommen.

Wir werden uns daher auch noch vor der parlamentarischen Woche mit einer Initiative im Bundestag dafür einsetzen, dass diese Mittel nicht, wie militärische Ausrüstung für die Ukraine, auf die lange Bank geschoben wird. Damit liegt der Ball bei der Bundesregierung unter Olaf Scholz beziehungsweise bei Verteidigungsministerin Lambrecht...

Ukraine: Bundeskanzler Scholz mauert weiter bei Waffenlieferungen und missachtet den ausdrücklichen Willen des Parlaments Union übt Druck aus

Dass bei den Lieferungen an die Ukraine noch nicht die durch Olaf Scholz versprochene Zeitenwende angebrochen ist, wird dadurch deutlich, dass der Deutsche Bundestag bereits am 28. April 2022 die Bundesregierung zur intensiven Unterstützung der Ukraine, zur Lieferung auch schwerer Waffen für die Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg aufgefordert hat. Der Beschluss erfolgte mit überwältigender Mehrheit, mit unseren Stimmen als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie denen der Regierungsfractionen.

Die Bundesregierung hat diesen eindeutigen Auftrag des Parlaments bisher ignoriert. Stattdessen hören wir von Koalitionären widersprüchliche Aussagen zu vermeintlichen Absprachen innerhalb der NATO – von denen aber außerhalb der Bundesregierung offenbar noch niemand gehört hat.

Bei allem offenen Streit in der Koalition ist klar: Das Problem sitzt im Kanzleramt. Bundeskanzler Scholz bremst effektive Waffenlieferungen weiter aus. Er missachtet den klaren Willen des Parlaments. Das Ansehen Deutschlands bei unseren Verbündeten ist auf einem Tiefpunkt. Je früher die Ukrainer die Waffen zu ihrer Verteidigung erhalten, umso mehr Wirkung können diese langfristig für den Erhalt der Ukraine und gegen Völkerrechtsverbrechen in eroberten Gebieten entfalten. Schnelles Handeln ist daher das Motto.

Wir werden insofern den politischen Druck weiter erhöhen, damit dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 28. April 2022 endlich auch Taten der Bundesregierung folgen.

Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung

In abschließender zweiter und dritter Lesung befassen wir uns mit dem „Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“. Mit dem Entwurf der Ampel soll insbesondere der Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde (brutto) angehoben werden – ab dem 1. Oktober 2022.

Unsere Einwürfe richten sich in Höhe der 12 Euro ist richtig, im Mindestlohn. Ein Mindestlohn in Höhe von 12 Euro ist richtig, um Beschäftigte vor unangemessen niedrigen Löhnen zu schützen. Der von der Bundesregierung geplante Weg, die politische Festlegung der Höhe des Mindestlohns ohne Einbindung der mit dem Mindestlohngesetz von 2014 geschaffenen Mindestlohnkommission – in der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Wissenschaft vertreten sind – ist dagegen falsch. Denn die Lohnfindung liegt in unserer sozialen Marktwirtschaft in den Händen der Sozialpartner und nicht beim Staat. Die Mindestlohnkommission ist eine gut begründete Ausnahme. Mit dem Gesetz werden die Kommission und die Sozialpartner entmachtet. Das Lohngefüge in einer Vielzahl von Tarifverträgen muss neu justiert werden.

Damit schwächt die Ampelkoalition – entgegen ihrer eigenen Verabredung im Koalitionsvertrag – die Sozialpartnerschaft und die Tarifautonomie in Deutschland.

Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung enthalten und legen unsere Vorstellungen sowie ergänzende Vorschläge in einem ausführlichen Entschließungsantrag dar.

wir jedoch weitere Verbesserungsvorschläge ein. Eine Absenkung für nur drei Monate ist nicht ausreichend. Erstens dürfte die Ukraine Krise länger als nur drei Monate dauern. Zweitens ist der Umstellungsaufwand für die Unternehmen groß. Drittens hören wir schon jetzt, dass die Absenkung wahrscheinlich nicht oder nur einen kleinen Teil an die Verbraucher weitergegeben wird. Ein längerer Zeitraum wäre erforderlich, damit die Kraftstofflager mit der erhöhten Steuer geleert, wiederbefüllt und anschließend die Senkung auch weitergegeben werden kann. Deshalb fordern wir eine dauerhafte Absenkung der Energiesteuer auf das unionsrechtliche Mindestmaß, zumindest jedoch für zwei Jahre.

WAHLKREIS AKTUELL



Am Europatag dem Bundestagsabgeordneten auf den Zahn geföhrt

Chancen in Europa ergreifen

250 Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 10 und 11 des Gymnasiums Lilienthal stand ich beim diesjährigen Europatag am 23. Mai 2022 ausführlich Rede und Antwort. Maria Lohmann und Till Storz moderierten die Veranstaltung, die die Politik AG der Schule unter Leitung von Knut Egbers vorbereitet hatte und fühlten mir dabei immer wieder auf den Zahn.

Dass Schüler alles als Diskussion politischer Themen sind, zeigte sich in der intensiven Diskussion, in der es neben den Themen Asyl, Kopftuch und Marihuana, vor allem um Energie, die Abhängigkeit von Russland, Versorgungssicherheit, die Chancen von Wasserstoff, die Verlängerung der Laufzeiten für bestehende Atom- und Kohlekraftwerke sowie das Fracking ging.



Besuch von der Campus-Oberschule Verden

Diese Woche hat mich zudem eine 10. Klasse der Campus-Oberschule Verden mit 26 Schülerinnen und Schülern besucht. Nach zwei Jahren coronabedingter Pause darf ich nun endlich wieder Schulklassen aus meinem Wahlkreis empfangen. Ich habe mich sehr gefreut, sie durch die Liegenschaften

des Bundestages und des Reichstages führen zu können und im Ausschusssaal eine Fragerunde zu aktuellen Themen zu halten, bei der wir unter anderem über den Ablauf einer Sitzungswoche gesprochen haben.